

GS-05 AfA Bezirk Hannover
Nichtärztliche Gesundheitsberufe aufwerten

Beschluss:

Der SPD-Bezirk Hannover fordert, dass der SPD-Bezirksvorstand sich auf Landes- und Bundesebene – insbesondere gegenüber den SPD-Landtags- und Bundestagsfraktionen – dafür einsetzt, dass nichtärztliche Gesundheitsberufe politisch und gesellschaftlich aufzuwerten. Ziel ist es, durch konkrete Maßnahmen wie faire Bezahlung, tarifliche Absicherung, bessere Arbeitsbedingungen, Mitbestimmung und Schutzrechte die Attraktivität und Zukunftsfähigkeit dieser systemrelevanten Berufsgruppen zu sichern und ihre gesellschaftliche Anerkennung nachhaltig zu stärken.

Der SPD-Bezirk Hannover fordert die SPD-Bundestagsfraktion sowie die SPD in Bund und Land dazu auf, sich bei der Umsetzung des Koalitionsvertrags und darüber hinaus für eine nachhaltige Verbesserung der Arbeitsbedingungen, der Entlohnung und der gesellschaftlichen Anerkennung nichtärztlicher Gesundheitsberufe einzusetzen. Die Forderungen des Verbandes medizinischer Fachberufe e.V. (vmf) vom 20. Juni 2025 sind hierbei inhaltlich zu berücksichtigen. Konkret fordern wir:

1. Arbeits- und Lebensrealitäten ernst nehmen: Der Alltag von Medizinischen, Zahnmedizinischen, Tiermedizinischen Fachangestellten und Zahntechniker: innen ist geprägt von Mehrfachbelastung – durch Beruf, Familie und Sorgearbeit. Politische Maßnahmen zur Fachkräftesicherung müssen an der realen Lebenssituation dieser überwiegend weiblich besetzten Berufe ansetzen – durch verlässliche Kinderbetreuung, flexible Arbeitszeiten, planbare Dienste und bezahlbaren Wohnraum in Praxisnähe.

2. Tarifbindung und faire Löhne garantieren: Die Entlohnung vieler Fachkräfte im ambulanten Gesundheitswesen liegt nur knapp über dem Mindestlohn, trotz anspruchsvoller Ausbildung und hoher Verantwortung. Wir fordern:

- flächendeckende, verbindliche Tarifverträge,
- eine spürbare Abgrenzung vom gesetzlichen Mindestlohn,
- Branchenmindestlöhne mit staatlicher Gegenfinanzierung analog zum Pflegebereich.

3. Berufliche Mitsprache stärken: Berufsgruppen wie MFA, ZFA, TFA und Zahntechniker: innen müssen strukturell in politische Entscheidungsprozesse einbezogen werden. Die SPD setzt sich dafür ein, dass ihre Berufsvertretungen Sitz und Stimme in Kommissionen, Modellprojekten und Anhörungen erhalten.

4. Rechts- und Gewaltschutz ausweiten: Beschäftigte in diesen Berufen erleben zunehmend Gewalt und Übergriffe. Der strafrechtliche Schutz ist auszuweiten, systematische Prävention zu fördern und Arbeitgeber: innen in der Schutzverantwortung klarer in die Pflicht zu nehmen.

5. Ehrenamtliche Arbeit besser anerkennen: Ehrenamtliche leisten einen wichtigen Beitrag zur Berufsbildung, Prüfungsorganisation und zur Arbeit in Berufsverbänden. Die Anhebung der Ehrenamtspauschale war ein erster Schritt – darüber hinaus soll geprüft werden, wie langjähriges Engagement rentenrechtlich besser anerkannt werden kann.

Überweisen an

Bundestagsfraktion